

- Eine teilweise Gegenfinanzierung soll durch Abschaffung von 'Steuerstundungsmodellen' geschehen: das mag sinnvoll sein bei Medienfonds ('Hollywood') und Schifffonds ('Korea'), führt aber auch zu weiteren Verschlechterungen für Investitionen in Deutschland insbesondere im Bereich von Immobilien und Erneuerbaren Energien. In Verbindung mit der geplanten Abschaffung der Eigenheimzulage ein weiterer erfolgreicher Schritt zum endgültigen Ruin der deutschen Bauwirtschaft. Zudem bleiben bei den mit 2,5 Mrd. € weit überschätzten Mehrerträgen die Minderträge wegen der resultierenden Minderinvestitionen unberücksichtigt.

(3) Die Subventionierung des Arbeitsplatzexports durch das deutsche Steuerrecht bleibt unverändert erhalten, obwohl ihre Abschaffung zu erheblichen Mehreinnahmen führen und den Arbeitsplatzexport zumindest verlangsamen würde. Warum beharrt eigentlich das Kanzleramt auf der kurzfristigen Senkung der Körperschaftsteuer, wenn selbst das Handelsblatt keine nennenswerte Auswirkung auf die Schaffung von Arbeitsplätzen sieht?

(4) Es gibt zwei sinnvollere Lösungen, die zudem aufkommensneutral umzusetzen sind:

a) In den nächsten Wochen: Stopp der steuerlichen Subventionierung des Arbeitsplatzexports durch striktes Abzugsverbot bei steuerfreien Erträgen (Streichung von § 8b(3), (5) KStG und des Wortes unmittelbar in § 3c (1) EStG). Verwendung der resultierenden erheblichen Steuermeerträge für Verbesserungen der in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechterten Abschreibungsbedingungen. Damit werden Inlands- statt Auslandsinvestitionen begünstigt, und zwar ganz EU-konform.

b) In den nächsten Monaten: Einheitliche Unternehmensbesteuerung: Ausbau der Gewerbesteuer, anschließend aufkommensneutrale deutliche Senkung der Körperschaftsteuer:

- Einheitliche Besteuerung aller Unternehmen nach dem Körperschaftsteuergesetz (keine Option!).
- Volle Besteuerung der im Unternehmen erwirtschafteten Kapitalerträge durch die Gewerbesteuer, also sowohl der ausgewiesenen und der bisher nicht ausgewiesene Gewinne ('stille Reserven'), als auch aller Schuldzinsen und bezahlten Lizenzgebühren, jedoch keine Einbindung sozialversicherungspflichtiger Löhne.
- Absenkung des Körperschaftsteuersatzes von 25% auf 15%.
- Besteuerung ausgeschütteter Gewinne wie bisher nach dem Halbeinkünfteverfahren.

Für Selbständige sowie kleinere und mittlere Unternehmen soll es Erleichterungen geben:

- Gesellschafter-Geschäftsführern kann ein gewinnabhängiges Gehalt bezahlt werden.
- Gewerbesteuerfreibetrag von 30.000 € für Zurechnungen von Schuldzinsen und Lizenzgebühren.

In Abhängigkeit des kommunalen Gewerbesteuer-Hebesatzes resultieren folgende nominalen Gewinnsteuersätze (inkl. Solidaritätszuschlag):

- Mindestens 27% in den hebesatzgünstigsten Gemeinden.
- 30% bei durchschnittlichen Hebesätzen.
- Maximal 32% bei maximalen Hebesätzen.

Diese Vorschläge sind ausführlich dargestellt in: Einheitliche Unternehmensbesteuerung: Gewerbesteuer ausbauen, Körperschaftsteuer senken, HWWA-Wirtschaftsdienst, 4/2005 (abrufbar unter <http://www.jarass.com/Steuer/C/HWWA,%20endg.pdf>).

(5) Am 17. März 2005 hat der deutsche Bundeskanzler eine aufkommensneutrale Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25% auf 19% angekündigt. Herausgekommen ist – wie bei der Unternehmenssteuerreform 2001 - eine echte Steuersatzsenkung und eine visionäre Gegenfinanzierung.

Zudem hat der deutsche Bundeskanzler an den Patriotismus der deutschen Unternehmen appelliert, wieder mehr in Deutschland zu investieren. Bei globalisierten Kapitalmärkten muss aber jedes Unternehmen seine Unternehmenspolitik am Profit, nicht am deutschen Allgemeinwohl ausrichten. Entsprechend sollte der Bundeskanzler EU-konform diejenigen Unternehmen begünstigen, die in Deutschland investieren:

- Einheitliche Unternehmensbesteuerung statt pauschaler Steuersenkungen.
- Stopp der steuerlichen Subventionierung des Arbeitsplatzexports, Verwendung dieser Mittel zur Begünstigung inländischer Investitionen und

Dann bräuchte der Bundeskanzler nicht an den Patriotismus appellieren, sondern die Unternehmen würden aus Eigeninteresse wieder mehr in Deutschland investieren.